

_____ G. Meinert: Die Kunst das Chaos zu regieren _____

_____ E. Schmidt-Kallert: Pendeln zwischen Stadt und Land _____

_____ M. Schütze/G. Robleto: Konflikte um Wasser _____

politische ökologie ¹¹⁴

Megacitys

Risikolebensräume mit Zukunft

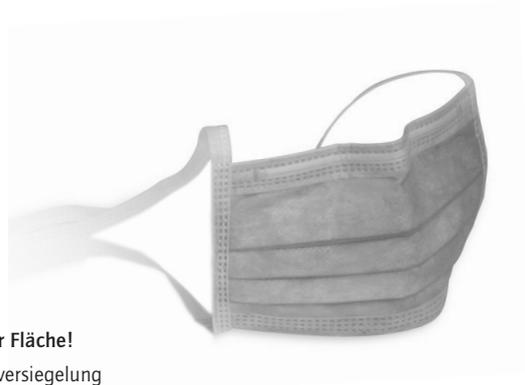


März 09_27. Jahrgang_14,90 Euro_23,80 sFr._ISSN 0933-5722_130-1_B 8400 F



Megacitys

Risikolebensräume mit Zukunft



Urbane Hölle

24 Gib dem Monster Fläche!
Landverbrauch und -versiegelung
Von *Trudy Maria Tertilt*

Stadtgeflüster

6 Einstiege

Die Lichter der Großstadt

12 Riskiert die Megastadt sich selbst?
Herausforderung Mega-Urbanisierung
Von *Günter Mertins*

16 Die Heimat im Herzen
Beziehungen zwischen Stadt und Land
Von *Einhard Schmidt-Kallert*

19 Alles eine Frage der Kommunikation
Die Gestaltungsräume
städtischer Regierungskunst
Von *Günter Meinert*

28 Leuchtkraft in Gefahr
Städtische Energieversorgung
Von *Heike Schroeder*

31 Die Lebensader versiegt
Wasserversorgung in Megacitys
Von *Manfred Schütze und Gloria Robleto*

34 Nachhaltigkeit auf dem Standstreifen
Stadt- und Verkehrsentwicklung
Von *Oliver Schöller-Schwedes*

**37 Armutsbekämpfung oder
Bekämpfung der Armen?**
Leben im Slum
Von *Almuth Schaubert*

Solarpolis

**42 „Die Slumbewohner in Dharavi
oder anderswo sind froh, wenn sie der
Staat in Ruhe lässt.“**
Heimat und Arbeitsplatz Slum
Ein Interview mit *Britta Petersen*

44 Megacity mit Zukunft gesucht!
Aus der Forschungspraxis
Von *Dirk Heinrichs*

47 Nicht Fluch, sondern Segen
Die sozial und ökologisch gerechte Stadt
Von *Bernhard Stratmann*

50 Laboratorien der Zukunft?
Megastädte von morgen
Von *Frauke Kraas und Harald Sterly*



Spektrum Nachhaltigkeit

62 Multitasking

gegen die Leerverkäufe im Treibhaus

Finanzkrise

Von Günther Bachmann

64 Die Alternative fällt vom Himmel

Drogenanbau in Afghanistan

Von Helmut Burdorf und Dirk Reinecke

67 Wissenschaft, nein danke

Nachhaltigkeit in den österreichischen Medien

*Von Martina Erlemann, Markus Arnold
und Karin Chladek*

69 Es werde Schatten

Lichtverschmutzung

Von Peter Hettlich und Rüdiger Herzog

Impulse

53 Projekte und Konzepte

Informell, aber nachhaltig –
privatisiert, aber katastrophal
Abfallwirtschaft in Kairo

Energie- und Klimastrategie für Gauteng
EnergyKey

57 Medien

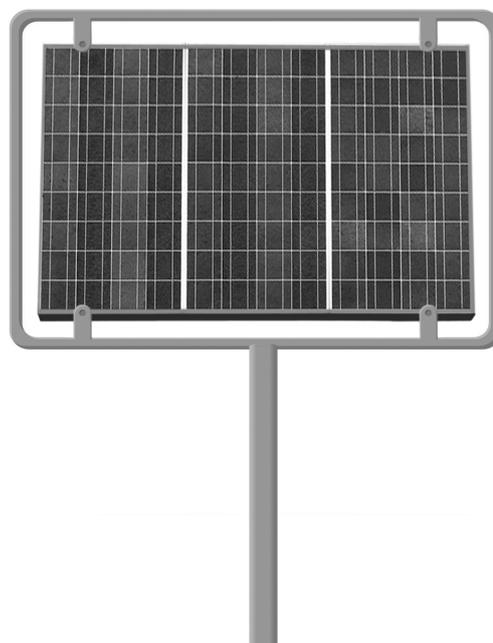
Rubriken

3 Editorial

71 Erratum

72 Reaktionen

73 Vorschau/Impressum



Finanzkrise

Multitasking gegen die Leerverkäufe im Treibhaus

Von Günther Bachmann

Was der Schadstoff für die Umweltkrisen der letzten 30 Jahre war, ist der Leerverkauf für die aktuelle Finanzkrise. Habgier, Subprime-Wahn, Risiko ohne Verantwortung und blasierteres Bankerdenken: Die Finanzkrise und Klimakrise sind in einem mentalen Umfeld entstanden, das sich über die Konsequenz von irrealem und unvernünftigem Wachstum bewusst keine Gedanken macht. Ökonomie auf Pump und Umweltschäden auf Kosten Zukünftiger – beides treibt den Leerverkauf im Treibhaus an. Die Schrankenlosigkeit dieser Krise ist irritierend. Sie lässt an bisherigen Konzepten zum nachhaltigen Wirtschaften zweifeln. Die schlimmste Irritation geht jedoch von denen aus, die von dieser Krise nicht irritiert sind.

Im Oktober letzten Jahres, so heißt es, war die Weltökonomie am Abgrund. Die Wirtschaftskrise hat den Umwelt- und Klimaschutz vom Spitzenplatz der internationalen Agenda verdrängt. Deshalb ist es richtig, dass beim Weltwirtschaftsforum in Davos der UN-Klimasekretär Yvo de Boer, die dänische Klima- und Energieministerin Connie Hedegaard und Lord Nicholas Stern daran erinnerten, dass jährliche „green investments“ in Höhe von 515 Milliarden Dollar erforderlich sind, um bis 2030 effiziente Energienutzungen, innovative Informations- und Kommunikationstechnologien (Smart Grids genannt), Energiespeichersysteme und die Abtrennung und Lagerung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) zu erreichen. Das ist drei Mal mehr als der Trend und belegt das politische Zögern. Schlimmer noch: Wegen extrem anfälliger Investitionsstrukturen droht sich die Finanzmarktdelle überproportional auszuweiten. Die Leerverkäufe im Treibhaus bringen großen Schaden mit sich.

Der gesunde Menschenverstand zieht nicht in Zweifel, dass wir zum erträglichen Zusammenleben die Strafprozess- und die Straßenverkehrsordnung brauchen. Aber bisher haben wir versagt das gleiche Prinzip auf den internationalen Finanzsektor anzuwenden – Barack Obama spricht von „unserem gemeinsamen Versagen harte Entscheidungen zu treffen“.

Das Gewaltmonopol des Staates muss in der Finanzindustrie durchgesetzt werden. Staatliche Verbote und Strafandrohungen gegen Unternehmen und Personen sind erforderlich, um einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzindustrie zu bauen. Wir brauchen eine uneingeschränkte Banken- und Finanzaufsicht und staatliche Mindestquoten für privates Eigenkapital. Zu verbieten sind die Bilanztricks, das Handeln mit nicht-legalen Wertpapieren, die Spekulation auf fallende Kurse von Aktien Dritter und die Benutzung von Steuer- und Aufsichtsoasen. Die Begründung ist einfach: Der Wohlstand der Nationen ist eben doch nicht einfach mit dem Vermögen der Wohlhabenden gleichzusetzen.

Ärgerlich genug ist es, dass Staatshaushalte und Steuerzahler(innen) letztlich für die Schulden habgieriger und blasierter Versager(innen) aufkommen müssen und die ökologische Modernisierung auf der Kippe steht. Eines ist indessen noch schlimmer: Das Dümme, was in einer Krise passieren kann, ist, dass sie nicht für grundlegende Änderungen genutzt wird.

Retten UND vorsorgen

Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise sind Zeichen dafür, dass den Geschäftsmodellen der Vergangenheit nicht mehr zu trauen ist. Ohne dass der Vertrauensmangel angegangen wird, ist davon auszugehen, dass alle noch so gut gemeinten Hilfs- und Konjunkturprogramme verpuffen werden. Vertrauen schaffen allgemeine Steuergeschenke oder das Abwracken von ausgewählten Produkten jedenfalls nicht. Ihre ordnungspolitische Wirrheit steigert das Misstrauen. Alte Autos durch mehr von den gleichen zu ersetzen ist nicht überzeugend, wenn wir doch ganz andere Autos brauchen. Ein auch ökonomisch brauchbares Momentum kann nur dann wachsen, wenn das Vertrauen entsteht, dass ein anderes Auto zur Lösung der Klimakrise taugt.

Konjunkturen werden nicht durch Geld gemacht, sondern durch Mut, Ambition und Vertrauen der Menschen. Der „New Deal“ und der Marshall-Plan haben nicht des schieren Geldes wegen gewirkt, sondern weil sie neue gesellschaftliche Kräfte freisetzen. Sie gaben Ideen Gestalt, mit denen sich die Menschen identifizierten. Solange die Konjunkturpolitik ohne große Ideen auskommt, wird sie ohne Erfolg bleiben. Heute fehlt diese Idee. Eine solche Idee wäre das Multitasking: Jeder auf Pump investierte Euro muss sowohl der Konjunktur als auch der nachhaltigen Wirtschaft dienen. Dass das im Prinzip geht, ist erwiesen. Umweltschutz ist längst (auch) Umweltwirtschaft. Am weltweiten Handel mit Umweltschutzgütern beträgt der deutsche Anteil über 16 Prozent. Die Krise(n) zu einem Quantensprung zu nutzen, das ist die Kunst der Stunde. Es ist dagegen irreführend nur die Ausgaben-Seite im Blick zu haben. Denn die ökonomischen Spätfolgen der horrenden Rettungs- und Ausgabeprogramme werden gravierend sein. Wie wir und unsere Kinder die Schuldenberge jemals abtragen sollen, bleibt im Dunkeln oder wird heruntergespielt. Die Höhe der Schulden ist jedenfalls niemals zuvor erreicht worden und sie scheint überdies grenzenlos. Hier sind neue Konzepte gefragt.

In der langen Liste von Umweltkrisen gleicht keine Krise der vorangegangenen und doch sind sie sich alle ähnlich. Schwefelablagerungen im Wald, Cadmium auf dem Acker, Blei im Blut von Kindern, Kohlenwasserstoffe in den Nordmeer-Robben, Östrogene im Zander, Tetrazykline im Grundwasser, Diäthylenglykol im Wein. Was Leerverkäufe

sind, muss man ebenso schnell lernen wie man erst einmal das Verpanschen von Wein mit Diäthylenglykol verstehen musste, um ihm Einhalt zu gebieten.

Jede Krisenbewältigung erfordert doppeltes Denken: Unmittelbare Gefahren müssen abgewehrt und ihrem Entstehen muss längerfristig entgegengewirkt werden. Gefahren durch BSE und Dioxin oder Subprimes und Leerverkäufe lassen sich nur erfolgreich abwehren, sofern sich Zumutungen gegen etablierte Interessen durch verlässliche und dauerhafte Vorsorge begründen. Alles andere bleibt von Alarmstimmung getragener Aktionismus: teuer, ineffektiv und wenig glaubwürdig. Das ist eine Lehre aus der Umweltpolitik, die ohne Abstriche auch heute gilt. Deshalb hat Altkanzler Helmut Schmidt Recht: „Wenn es beim Schlendrian der Finanz- und Bankenaufsicht bleiben sollte, so bliebe eine Rückkehr des Vertrauens in die Funktionssicherheit der Finanzmärkte nur eine Illusion.“

Nichts ist „too big to fail“

Schadstoffe in Böden sind eine große Gefahr für Menschen und Umwelt. Eigentümer haften für die Gefahren. Das war nicht immer so. Lange Zeit kursierten widersprüchliche Grenzwerte für Schadstoffe, insbesondere wenn es um Höchstmengen für auch natürlich vorkommende Stoffe ging, und Regelungen fehlten. Eine klare Festlegung von Haftung und Vorsorge gelang dem Staat erst durch die Definition wie sauber ein sauberer Boden zu sein hat. Brauchen wir wirklich eine „Bad Bank“ für den finanzindustriellen Giftmüll, wo unter den deutschen Banken doch schon so viele Bad Banks sind? Umweltaltlasten und Giftfinanzen haben gemeinsam, dass sie nach einer hoheitlichen Definition und Kontrolle verlangen. Definiert das der Eigentümer, dann wird noch jeder schlampig unaufgeräumte Hinterhof zur toxischen Altlast. Wer „how bad is bad“ nicht öffentlich definiert, dem ist nicht zu helfen.

Die Annahme, irgendeine Einrichtung, ein Staat, ein Unternehmen oder eine gesellschaftliche Kultur sei zu groß, um durch Fehler Schaden zu nehmen – „too big to fail“ – ist ein Irrglaube, egal wie oft er im Hinblick auf Banken und Finanzinstitute wiederholt wird. Die Geschichte kennt Beispiele für den Untergang ganzer Kulturen, die sich selbst bis zuletzt auch als groß angesehen hatten. Oft sind sie untergegangen, weil sie Änderungen ihrer Umwelt missachtet hatten. Ökologische Systeme sind nie durch bloße Größe, sondern durch ihre qualitative Vernetzung charakterisiert. Hierin liegt ihre Empfindlichkeit. Auffällig ist, dass niemand, der heute das Argument „too big to fail“ vorbringt, genau angibt, was er mit Größe meint und wie sich diese in Qualität umformt. In dieser Unbestimmtheit liegt ein gefährliches Erpressungspotenzial, dem aber zu begegnen ist, weil alles das, was zunächst „too big to fail“ erscheint, sich bei näherem Hinsehen als „too big to save“ herausstellt.

Keine Wunderheilung in Sicht

Worte wirken. Die Bundesregierung garantiert die Spareinlagen deutscher Kontobesitzer. „Garantie“ wirkt beruhigend, selbst wenn sie im Zweifelsfall gar nicht ernsthaft einlösbar ist. Diese Garantie wirkt als Garantieerklärung für den Status quo des gesamten Lebensstils und

des Konsumniveaus dieser Gesellschaft. So wird sie verstanden. So wird sie herbeigesehnt, um für einen Augenblick der Selbsttäuschung die Botschaften der letzten Jahre vergessen zu machen, die von Klimawandel, demografischer Herausforderung und den Risiken der Globalisierung sprachen. Das „Weiter so“ ist unproduktiv, langweilig und plump.

Die latente Anpassungskrise der Autoindustrie ist durch den Zusammenbruch des Finanzmarktes verschärft worden. Nach den langen Geburtswehen, mit denen sich unsere Gesellschaft zu den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft durchgerungen hat, und den Erfolgen weltweit höchster Recyclingraten und Effizienzstandards markiert die Abwrackprämie ein vergleichsweise vorökologisches Niveau. Der Kreislaufwirtschaft – und dies ist eine Wirtschaft mit höchsten Innovationsraten und Wissenskompetenz – wird man mit dem Verschrottungsvokabular der 1970er-Jahre nicht gerecht. Ein neuer Ordnungsrahmen zur Nachhaltigkeit in der Mobilitätswirtschaft ist erforderlich.

Energie- und Materialeffizienz, die gestern richtig war, ist heute nicht falsch. Ein Multitasking-Euro würde die kurzfristigen Einsparungen in langfristige Marktpositionen verwandeln. Nachhaltige Geldanlagen mit Anlagestrategie für erneuerbare Energien, fairen Handel und umweltgerechtes Wirtschaften waren in den letzten Jahren ein riesiger Erfolg. Mehr Investments in Nachhaltigkeitsfonds, auch von staatlicher Seite, würde eine doppelte Rendite für die Umwelt und die Gesellschaft erzeugen.

Noch fehlt der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik ein klarer Nachhaltigkeitskompass. Er würde den Ordnungsrahmen der Wirtschaft verändern und die Steuerfähigkeit in Richtung auf Nachhaltigkeit erhöhen. Das ist leicht gesagt und schwer gemacht. Es mag auch sein, dass die Abwendung von Gefahren nicht weniger gefährlich ist als die Gefahren selbst. Ein Ausweg ist aber nicht ausgeschlossen, wenn die Gesellschaft den Mut aufbringt, gemeinsam harte Entscheidungen zu treffen, die für manchen noch Fantasie, Illusion oder Utopie sind. Wie so oft gilt auch in diesem Fall der allgemeine Satz: Der Virus der Unerfüllbarkeit nistet in jeder Hoffnung. Es gilt aber auch: Der Virus der Hoffnung nistet in jeder unerfüllten Realität.

Zum Autor

Günther Bachmann, geb. 1955, studierte Landschaftsplanung. Seit April 2001 leitet er die Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Vorher war er beim UBA tätig, zuletzt als Fachgebietsleiter Bodenschutz. Er absolvierte diverse Studien- und Forschungsaufenthalte am Europäischen Hochschulinstitut und in den USA.

Kontakt

Dr. Günther Bachmann
Rat für Nachhaltige Entwicklung, Geschäftsstelle c/o GTZ
Potsdamer Platz 10, D-10785 Berlin
Fon ++49/(0)30/40 81 90-121, Fax -125
E-Mail guenther.bachmann@nachhaltigkeitsrat.de
www.nachhaltigkeitsrat.de
